

Amerikas neues Gesicht

Mit dem Gefühl, einen historischen Moment miterlebt zu haben, kehrte ich aus den USA zurück. Dort beobachtete ich als einer von 100 internationalen und zwei deutschen Wahlbeobachtern der OSZE die Präsidentschaftswahl.

Von Rainder Steenblock



Unregelmäßigkeiten bei den vorausgegangenen Wahlen hatten gezeigt, dass auch in etablierten Demokratien ein reibungsloser Urnengang nicht automatisch garantiert ist.

Im bis zuletzt umkämpften Bundesstaat

Ohio besuchte ich Wahllokale, sprach mit US-Experten, Regierungsvertretern und Wählern und erlebte Barack Obama aus nächster Nähe. Insgesamt sind die Wahlen demokratisch, frei und transparent verlaufen. Die



Rainder Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

USA haben nach zahlreichen Pannen durch den Einsatz elektronischer Wahlmaschinen dazugelernt. Der Trend ging

überall weg von den Wahlmaschinen zurück zu Stimmzetteln, die notfalls nachgezählt werden können.

Beeindruckt war ich vom Charisma Obamas und der Aufbruchstimmung, die er im ganzen Land entfacht hat.

Seine Wahl ist eine Entscheidung der Hoffnung – für die Amerikaner, die sich einen politischen Neuanfang wünschen und für die Europäer, die sich eine Neuaufgabe der transatlantischen Beziehungen versprechen. Amerika hat ein neues Gesicht bekommen. Die Erwartungen an Obama sind enorm und er wird mehr Zeit brauchen, als heute viele denken – zu groß sind die Hinterlassenschaften der Bush-Regierung und die Herausforderungen der internationalen Wirtschaftskrise.

Für einen Grünen New Deal

Schwarze Löcher bei den Banken, milliardenschwere Rettungspakete, globale Rezession: Aus der Finanzkrise ist längst eine Wirtschaftskrise geworden. Das zusammengeschnürte rückwärtsgewandte Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird sicher nicht zu einer Stabilisierung der Wirtschaft beitragen.

Wir Grünen setzen daher auf einen zukunftsgerichteten weltweiten Grünen New Deal. Alle Maßnahmen müssen sich dabei an den Kernpunkten Stabilität, Verbraucherschutz und Ökologie orientieren. International geht es darum, Steueroasen auszutrocknen, Hedgefonds zu regulieren, die Eigenkapitalvorschriften der Banken zu verschärfen, eine Finanzumsatzsteuer und ein Verfahren für verschuldete Länder einzuführen. National müssen wir die Entlastung kleiner Einkommen anpacken, in Klimaschutz und Bildung investieren und die Managervergütung neu regeln. Die Krise ist eine Chance, Finanzströme im Sinne gesellschaftlicher Ziele zu leiten und die Weichen für den ökologischen Umbau zu stellen.

Auf Landesebene muss die eigentliche Funktion der Landesbanken wieder stärker in den Blick genommen werden. Die Frage ist, warum gerade diese von der internationalen Finanzkrise gebeutelt sind. Öffentliche Banken wie die HSH Nordbank haben den klaren Auftrag, gemeinwohlverpflichtete Geschäftspolitik zu betreiben und die regionale Wirtschaft zu finanzieren. Es kann nicht sein, dass Staatsvermögen auf globalen Finanzmärkten für die Jagd nach schneller und maximaler Rendite eingesetzt wird.

Kinderarmut nachhaltig bekämpfen

Für die „bedarfsorientierte Kindergrundsicherung“



Von Grietje Staffelt

Kinderarmut grenzt aus und verbaut Zukunftschancen

Arm zu sein, ist in Deutschland inzwischen leider keine Ausnahme mehr. Besonders betroffen: die Kinder. Mindestens 2,5 Millionen Kinder leben heute bei uns auf dem Niveau der Sozialhilfe. Das hat Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen und ihre Zukunftschancen. Denn nachweislich wird durch Armut der Zugang zu Bildungs-, Förder- und Freizeitangeboten eingeschränkt, die Teilhabe an Kulturangeboten wird verbaut, die gesundheitliche Entwicklung wird mangels gesunder warmer Mahlzeiten stark eingeschränkt. So setzt sich Armut, die im Kindesalter beginnt, nicht selten ein Leben lang fort. Wer unverschuldet arm ist, allen voran die betroffenen Kinder, hat es schwer, hier auszubrechen.

Die Bundesregierung hat bei der Armutsbekämpfung von Kindern und ihren Familien kläglich versagt. Mehr noch: Mit der geplanten Einführung des Betreuungsgeldes („Herdprämie“) werden Eltern vom Arbeitsmarkt und Kinder von früher Förderung ferngehalten. Die Regierung kommt ihrer Verantwortung, die sie vor allem gegenüber den schwächsten, nämlich unseren Kindern hat, nicht nach. Denn weder im Ausbau der Förder-, Betreuungs- und Bildungsmaßnahmen, noch in Bereichen der materiellen Armutsbekämpfung sind nachhaltige Maßnahmen getroffen worden.

Umfassendes Konzept gegen Kinderarmut notwendig

Wer Kinderarmut zulässt, akzeptiert eine Gesellschaft, die Menschen systematisch ihrer Lebenschancen beraubt. Kinder aber müssen, egal welcher sozialer, ethnischer und ökonomischer Herkunft, faire Zukunftschancen haben. Deshalb ist es unausweichlich, schnelle und tiefgreifende Gesetzesänderungen auf den

Weg zu bringen, um die Zukunft der Kinder auf festen Boden zu stellen und gerechte Rahmenbedingungen für alle Kinder zu schaffen. Vorschläge zu einer grünen Grundsicherung für Kinder werden spätestens seit der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg im November 2007 innerhalb unserer Fraktion intensiv debattiert. Die Grundfrage der Auseinandersetzung ist: Wie kann Kinderarmut schnell und unbürokratisch bekämpft und die gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder gefördert werden? In der Debatte stehen zwei Modelle, die im Dezember zur Abstimmung stehen.

Da ist zum einen die „einkommensorientierte Kindergrundsicherung“, die einfach klingt und einfache Erfolge verspricht. Denn jedes Kind soll bis zur Volljährigkeit einen Betrag von monatlich 330 Euro erhalten. Leistungen wie das Kindergeld fallen weg. Diese Kindergrundsicherung wird bedingungslos, also ohne Bedarfsprüfung, gezahlt. Damit fließt überall dort, wo Kinder sind, bares Geld. Im Bedarfsfall soll es weiterhin möglich sein, zusätzliche Hilfeleistungen beispielsweise für Mietkosten, die Pflege eines Kindes mit Behinderung oder für Alleinerziehende zu erhalten. Da die einkommensorientierte Kindergrundsicherung versteuert werden muss, sollen am Ende Familien mit kleinen und mittleren Einkommen verhältnismäßig mehr Leistungen bekommen als jene mit hohen Einkommen.

Dem gegenüber steht die „bedarfsorientierte Kindergrundsicherung“, die Geld nicht pauschal verteilen, sondern gezielt jenen Kindern helfen will, die von Armut betroffen sind. Hierzu gehören einerseits natürlich Geldtransfers. So sollen die Hartz-IV-Regelleistungen für Kinder schnellstmöglich von einer unabhängigen Expertenkommission nach den tatsächlichen altersspezifischen Bedarfen errechnet und entsprechend erhöht

werden. Für Eltern, die nicht im Hartz-IV-Bezug sind und für den Unterhalt ihrer Kinder nicht aufkommen können, soll der Kinderzuschlag erhöht und unbürokratisch geleistet werden. Daneben aber, und darin sehe ich einen der wichtigsten Pfeiler des Modells, sollen armen Kindern bestimmte Sachleistungen zugute kommen. Für einkommensschwache Familien soll der Staat das Schulmittagessen, die Lernmittel und die Schülerbeförderung finanzieren und die Gebühren für die Kinderbetreuung reduzieren. Das ist Hilfe, die wirklich bei den Betroffenen ankommt. Deshalb sehe ich im Modell der „bedarfsorientierten Kindergrundsicherung“ ein realistisches und effektives Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Ausbau der Betreuungsinfrastruktur

Beide Modelle wollen, und das ist auch richtig so, die Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturen quantitativ und qualitativ ausbauen. Es geht darum, günstige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Kinder brauchen eine hochwertige Frühförderung, Eltern einen umfassenden Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr. Außerdem müssen wir für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen sorgen.

Nur wenn es uns gelingt, neben den materiellen Transfers auch für flächendeckende und hochwertige Infrastrukturen zu sorgen, kann die Bekämpfung von Kinderarmut gelingen. Jedes Kind hat ein Recht auf faire Zukunftschancen. Diese dürfen nicht länger von Herkunft und Geldbeutel abhängen.



Grietje Staffelt,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Neues Urheberrecht im Internet notwendig

gs Wie geht man mit illegalen Downloads im Netz um? Klar ist: Die permanente Verletzung von Urheberrechten, gerade im Internet, kann so nicht weitergehen. Denn KünstlerInnen werden so um ihr legitimes Einkommen gebracht und die NutzerInnen von Tauschbörsen massenhaft kriminalisiert.

Frankreich prescht nun mit einem eigenwilligen Vorschlag nach vorn. Die Franzosen wollen denjenigen, die mehrfach im Internet gegen Urheberrechte verstoßen haben, den Internetzugang sperren. Durchführen sollen das die Internetprovider. Kulturstaatsminister Neumann hat diese Vorschläge bereits begrüßt. Nun besteht die Gefahr, dass das Modell in Europa Schule macht.

Wir brauchen aber keine fragwürdigen Sanktionen, sondern ein neues Modell, wie mit geistigem Eigentum im Internet zukunftsweisend umzugehen ist. Wir wollen dabei die Urheberrechte wahren und das Potential des Internets nutzen. Wir brauchen sinnvolle



Vergütungsmodelle, die niemanden kriminalisieren.

Eine Internetsperrung ist unverhältnismäßig. Die Provider werden zu Hilfs-sheriffs gemacht und es droht die systematische Überwachung und Filterung des Internetverhaltens der BürgerInnen. Das widerspricht dem vom

Wahlkreisbüro Staffelt

Claudia Pohn
Florian Bernstorff
Fabian Frei
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.staffelt@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.staffelt@bundestag.de

www.grietje.de

Verfassungsgericht garantierten Recht auf informationelle Selbstbestimmung und dem „IT-Grundrecht“.

In unserem Antrag (Drs. 16/10843) lehnen wir die französischen Vorschläge ab und fordern zeitgemäße Lösungen. Denn das Internet ist längst Realität. Wir müssen es nutzen, nicht verteufeln.



Thorsten Berndt, Barbara Laubheimer, Rainer Steenblock, Irene Hahn, Manuela Siebert, Jörn Pohl

Das Team um Rainer Steenblock

rs Neu in meinem Berliner Bundestagsbüro ist seit Sommer Jörn Pohl, den viele von euch aus Schleswig-Holstein kennen. Von Berlin aus betreut er die Themen in Schleswig-Holstein sowie die Verkehrs- und Meerespolitik und die Fragen des EU-Haushalts. Irene Hahn leitet mein Büro und betreut die thematischen Schwerpunkte Außen-, Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik sowie Vertrags-

revisions- und Zukunftsfragen der EU. Manuela Siebert ist für die Büroorganisation verantwortlich und managt meinen Terminkalender. Im Wahlkreisbüro in Pinneberg kümmern sich Barbara Laubheimer und Thorsten Berndt um Termine, Pressearbeit und Themen aus der Region, halten Kontakte in die Partei und organisieren Bildungsfahrten nach Berlin und Straßburg.

Wahlkreisbüro

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainer.steenblock@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Jörn Pohl
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainer.steenblock@bundestag.de

www.rainer-steenblock.de